



# Niederschrift

über die 12. Sitzung  
des Schulausschusses der Stadt Lippstadt  
am 07.05.2002

<b>Sitzungsraum:</b>	Sitzungsraum E.08, Ostwall 1
<b>Beginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Ende:</b>	21:15 Uhr

## Anwesend waren:

### CDU-Fraktion

- |   |                     |                       |
|---|---------------------|-----------------------|
| 1 | Hans Werner Thomann | Ausschussvorsitzender |
| 2 | Wilhelm Börskens    |                       |
| 3 | Wilhelm Gösling     |                       |
| 4 | Werner Jungmann     |                       |
| 5 | Friedhelm Lahme     |                       |
| 6 | Heinrich Linnebur   |                       |

### SPD-Fraktion

- |    |                    |                                       |
|----|--------------------|---------------------------------------|
| 7  | Sabine Pfeffer     | stellvertretende Ausschussvorsitzende |
| 8  | Ulrich Kieren      |                                       |
| 9  | Christian Nernheim |                                       |
| 10 | Lorenz Wittmers    |                                       |

### FDP-Fraktion

- |    |                |  |
|----|----------------|--|
| 11 | Barbara Lüning |  |
|----|----------------|--|

### Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

- |    |                       |  |
|----|-----------------------|--|
| 12 | Gisela Neumann-Pollok |  |
|----|-----------------------|--|

### BG-Fraktion

- |    |                |  |
|----|----------------|--|
| 13 | Theodor Kremer |  |
|----|----------------|--|

### Parteilos

- |    |                           |                                       |
|----|---------------------------|---------------------------------------|
| 14 | Pastor Hans Hermann Korte | Vertreter der katholischen Kirche     |
| 15 | Drago Lovric              | Vertreter der ausländischen Einwohner |

## Ferner waren anwesend:

- |                         |  |
|-------------------------|--|
| Herr Gelsing            | Schulamtsdirektor des Kreises Soest für die Sonderschulen zu TOP 4                       |
| Klemens Steffenbröer    | Schulamtsdirektor des Kreises Soest für die Grund- und Hauptschulen                      |
| Thomas Mertens          | Mitarbeiter der Fa. ICC zu TOP 2   |
| Bernd Sommerfeld        | Mitarbeiter der KDZ Hellweg Sauerland zu TOP 2   |
| Gerhard Klose           | Sprecher der Arbeitsgruppe Neue Medien in Schulen sowie Mitarbeiter des e-teams zu TOP 2 |
| Heinz-Dieter Rappenberg | Stellv. Schulleiter der Stadtwaldschule zu TOP 4   |

## Seitens der Verwaltung:

- |                    |  |
|--------------------|--|
| Franz-Ulrich Lücke | I. Beigeordneter der Stadt Lippstadt und Schuldezernent          |
| Walter Böhle       | Fachbereich Zentraler Service - Fachdienst Organisation zu TOP 2 |
| Franz Josef Brenke | Schulverwaltungs- und Sportamt                                   |
| Constanze Vogel    | Schulverwaltungs- und Sportamt                                   |
| Uwe Thiesmann      | Schulverwaltungs- und Sportamt - Schriftführer                   |

## In öffentlicher Sitzung

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde auf Antrag von Herrn Linnebur einstimmig beschlossen, dass der Tagesordnungspunkt 4 "Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe an der Stadtwaldschule" (Vorlage Nr. 152/2002) direkt im Anschluss an den Tagesordnungspunkt 1 "Fragestunde für Einwohner" beraten werden soll.

### 1. Fragestunde für Einwohner

Wortmeldungen lagen nicht vor.

### 4. Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe an der Stadtwaldschule;

**h i e r :   Antrag des Schulamtes für den Kreis Soest auf Erteilung der Zustimmung des Schulträgers**

#### **Vorlage Nr. 152/2002**

Nach Erläuterung der Vorlage durch Herrn Lücke nahm Herr Schulamtsdirektor Gelsing als Vertreter der unteren Schulaufsichtsbehörde zur Notwendigkeit der Förderung der Kinder, die bisher am gemeinsamen Unterricht in der Primarstufe teilgenommen haben, in der Sekundarstufe I Stellung. Er verdeutlichte, dass es nicht primäres Ziel sei, dass die Schülerinnen und Schüler in der Fördergruppe den Hauptschulabschluss erhalten würden. Vielmehr sei der Unterricht an den sonderpädagogischen Lehrplänen ausgerichtet. Es sei geplant, der Stadtwaldschule für die sonderpädagogische Fördergruppe eine Sonderschullehrkraft stundenweise zuzuordnen.

Herr Gelsing erklärte auf Nachfrage, dass er nicht davon ausgehe, dass das Land die Kosten für eine unterstützende Hilfskraft übernehmen würde, noch sich zu sonstigen Kostenzusagen bereit erklären würde. Herr Brenke ergänzte hierzu, dass in der Schulausschusssitzung am 02.07.2002 nach einer ggf. negativen Stellungnahme des Landes immer noch rechtzeitig für das Schulamt für den Kreis Soest eine Entscheidung seitens des Schulträgers getroffen werden könne.

Auf Wunsch des Ausschusses äußerte sich Herr Rappenberg, stellvertretender Schulleiter der Stadtwaldschule, zum Tagesordnungspunkt. Er berichtete, dass mittlerweile die Schulkonferenz der Stadtwaldschule die Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe an der Hauptschule zugestimmt habe.

Herr Gelsing erklärte auf entsprechende Frage von Herrn Börskens, dass der Schulträger beim Beschluss über die Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe bestimmte Behindertengruppen ausschließen könne. Sollte dies nicht im Grundsatzbeschluss erfolgen, so könne man nicht später Kindern die Aufnahme in die Gruppe unter Kostengesichtspunkten durch etwaig notwendige behindertengerechte Baumaßnahmen verweigern.

In der anschließenden Diskussion in der es um die Formulierung des Beschlusstextes sowie den möglichen Auswirkungen bei einer ablehnenden Stellungnahme des Landes zur Kostenübernahme ging, beteiligten sich die Damen und Herren Brenke, Börskens, Gelsing, Linnebur, Lücke, Neumann-Pollok und Pfeffer. Letztendlich sprachen sich alle Redner für die Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe an der Stadtwaldschule aus. Trotzdem wollte man gerade unter dem Aspekt von möglichen Folgekosten zum derzeitigen Zeitpunkt noch keine endgültige Zustimmung erteilen, sondern die Stellungnahme des Landes abwarten.

Anschließend wurde auf Vorschlag von Herrn Brenke unter Berücksichtigung der Redebeiträge den Schulausschussmitgliedern ein geänderter Beschlussvorschlag unterbreitet. Daraufhin beschloss der Ausschuss:

- "1. Vor abschließender Beschlussfassung über den Antrag auf Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe an der Stadtwaldschule wird das Land aufgefordert der Stadt Lippstadt als Schulträger zuzusichern, dass
- a) die Kosten für eine unterstützende Hilfskraft, wie sie von der unteren Schulaufsichtsbehörde als erforderlich angesehen wird, zu übernehmen.
  - b) ein evtl. notwendig werdender behindertengerechter Umbau der Schule in Folge der Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe über die Schulpauschale hinaus als Baukostenzuschuss übernommen wird.
2. Nach Vorliegen der Stellungnahme des Landes ist die Angelegenheit zur endgültigen Beschlussfassung in der Schulausschusssitzung am 2. Juli 2002 erneut vorzulegen."

(Einstimmig)

## **2. Medienentwicklungsplan für die städt. Schulen**

### **Vorlage Nr. 160/2002**

Herr Linnebur erklärte vor Eintritt in die Diskussion zum Tagesordnungspunkt, dass seitens der CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag zum jetzigen Zeitpunkt nicht zugestimmt werden könne, da noch zu viele Fragen unbeantwortet seien. Auch wenn diese in der Sitzung geklärt werden könnten, so sei angesichts der enormen finanziellen Auswirkungen, die mit der Verabschiedung des Medienentwicklungsplans zusammenhängen, könne nicht ohne weitere Beratungen in der Fraktion entschieden werden.

Herr Linnebur forderte die Verwaltung auf, eigens zu diesem Tagesordnungspunkt eine separate Sitzung im Juni einzuberufen. Bei diesem Termin sollten sich die Firmen, die im Medienentwicklungsplan bezüglich einer pädagogischen Benutzeroberfläche genannt wurden, den Ausschussmitgliedern vorstellen.

Herr Brenke erwiderte, dass mit dem Ausschussvorsitzenden abgesprochen wurde, dass am 4. Juni 2002 eine Sondersitzung des Schulausschusses zu diesem Thema einberufen wird.

Die Ansicht von Herrn Linnebur, eine Sondersitzung einzuberufen, wurde von den übrigen Sprecherin und Sprecher der Fraktionen ebenso vertreten. In der diesbezüglichen Diskussion wurde vor allem der von der Verwaltung angegebene Zeitrahmen für die Umsetzung des Medienentwicklungsplan bis 2006 als zu langfristig angesehen. Hier sei die Verwaltung gefordert, zum Termin im Juni einen geänderten Zeitplan dem Ausschuss vorzulegen und kostenmäßig darzustellen.

Ferner bat Herr Linnebur darum, dass der anwesende Vertreter der KDVZ nicht zur von diesem Anbieter im Medienentwicklungsplan vorgestellten pädagogischen Benutzeroberfläche befragt werden solle, da die anderen im Medienentwicklungsplan genannten Anbieter nicht anwesend seien. Herr Brenke stellte klar, dass Herr Sommerfeld als Mitarbeiter der KDVZ Hellweg Sauerland nur zum von der KDVZ entwickelten Technologieplan, der die Frage der hardwaremäßigen Umsetzung des Medieneinsatzes in Schulen, insbesondere Fragen zur leitungsgebundenen Vernetzung der EDV-Geräte, beleuchtet hätte. Zur Frage der einzusetzenden Lehrersoftware "pädagogische Benutzeroberfläche" werde Herr Sommerfeld heute keine Stellungnahme abgeben. Hier sei von der Verwaltung beabsichtigt, die in Frage kommenden Firmen zur Sondersitzung des Schulausschusses am 4. Juni 2002 einzuladen. Zu den seitens der Fa. ICC gutachterlich kalkulierten Verkabelungskosten für die städt. Schulen werde Herr Mertens als Vertreter der Fachfirma bei Bedarf Stellung nehmen.

Auf Wunsch der Ausschussmitglieder nahm Herr Klose als Sprecher der "Arbeitsgruppe Neue Medien an Schulen" zum vorliegenden Medienentwicklungsplan Stellung. Insbesondere ver-

wies er auf entsprechende Nachfrage von Herrn Linnebur darauf, dass es wünschenswert und sinnvoll wäre, wenn der Schulträger für alle Schulen eine einheitliche Lösung im Bereich der pädagogischen Benutzeroberfläche einsetzen würde. Herr Morkramer, ebenfalls Mitglied des Arbeitskreises, wies darauf hin, dass er sich im Arbeitskreis für einen kürzeren Realisierungszeitraum ausgesprochen hätte. Bereits im Jahre 2004 müsse die Ausstattung der städtischen Schulen seiner Meinung nach abgeschlossen sein.

Anschließend stellten Herr Brenke und Herr Böhle den Medienentwicklungsplan anhand von Präsentationen dar. Herr Böhle ging hierbei besonders auf die pädagogische Benutzeroberfläche ein.

Sowohl Herr Böhle als auch Herr Brenke erachteten es als sinnvoll, dass sich die Ausschussmitglieder im Rahmen der geplanten Präsentationen der Lösungsansätze zur pädagogischen Oberfläche durch die Firmen MTS-Reinhardt, TriNet (*als Vertriebspartner für das Produkt INiS*) und der KDvZ Hellweg Sauerland am 4. Juni 2002 selbst ein Bild vor der Beschlussfassung machen würden.

Das Angebot der Firma H+H, dass auf Terminalrechnern aufbaut, sei laut Herrn Böhle nicht zu empfehlen, da hier sämtliche Programme aller Schulen, die dieses System nutzen würden, von einem zentrale Server gesteuert würden. Zudem sei das System noch nicht vollständig erprobt. Er schlug daher vor, nur die drei genannten Firmen in der nächsten Schulausschusssitzung einzuladen. Herr Klose ergänzte hierzu, dass derzeit ein Feldversuch mit dem Terminal-Server-System gestartet würde. Zum jetzigen Zeitpunkt sei von einem solchen System dringend abzuraten.

Der Ausschuss verständigte sich nach kurzer Diskussion darauf, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, die drei genannten Firmen MTS-Reinhardt, TriNet und KDvZ Hellweg Sauerland zum nächsten Sitzungstermin einzuladen und um eine Präsentation der Produkte zu bitten.

Auf die Frage von Herrn Kremer, ob die nichtstädtischen Gymnasien in Lippstadt angesprochen worden seien, um auch hier eine gleiche EDV-Ausstattung wie an den städt. Schulen einzurichten, erwiderte Herr Lücke, dass hier neben den unterschiedlichen Vorstellungen zu diesem Thema vor allem auch die anderen Finanzierungsalternativen der privaten Gymnasien zu berücksichtigen seien. Insoweit seien bisher noch keine diesbezüglichen Gespräche geführt worden.

Hierzu merkte Herr Klose an, dass er seitens des e-teams beratend auf die Privatgymnasien einwirken werde. Letztendlich seien diese jedoch in ihrer Entscheidung frei.

Herr Linnebur machte deutlich, dass auch die Anschaffung der Rechner für das Weiterbildungskolleg so lange nicht erfolgen dürfe, bis der Medienentwicklungsplan und die damit für alle städtischen Schulen gleichwertige zukünftige Medienausstattung geklärt sei. Insoweit forderte er die Verwaltung auf, mit der Ausstattung der Angebotsschule, die finanziell bereits im letzten Jahr abgesichert wurde, noch zu warten.

Zudem bat Herr Linnebur die Verwaltung zur nächsten Sitzung die Kosten für die pädagogische Oberfläche in die Kalkulation aller Angebote mit aufzunehmen, um so über ein Gesamtpaket mit den daraus resultierenden Gesamtkosten entscheiden zu können.

Darüber hinaus sei es für ihn inakzeptabel, dass seitens der Verwaltung ein Konzept vorgelegt werde, nach dem erst im Jahre 2006 die Umsetzung des Medienentwicklungsplan abgeschlossen sei. Es sei zwingend geboten, bereits zum Jahre 2004 die Maßnahme zum Abschluss gebracht zu haben. Insoweit forderte er die Verwaltung auf zur nächsten Sitzung auch eine neue Kostenschätzung unter Berücksichtigung des neuen Zeitrahmens vorzulegen.

Frau Pfeffer ergänzte hierzu, dass in der vorzulegenden Kostenschätzung auch die Kosten eingerechnet werden sollen, die bislang im Zusammenhang mit schulischen Baumaßnahmen geplant seien.

Seitens der übrigen Rednerinnen und Redner wurde ebenfalls der vorgestellte Zeitrahmen als zu langfristig angesehen und der Realisierungszeitraum 2002 - 2004 favorisiert.

Sowohl Herr Sommerfeld als auch Herr Mertens nahmen zu dem Technologiekonzept der KDvZ bzw. dem Gutachten zur Verkabelung der Fa. ICC auf Wunsch des Ausschusses Stellung.

Anschließend einigte sich der Ausschuss darauf, die Angelegenheit ohne Beschlussfassung zu vertagen und am 4. Juni 2002 zu diesem Tagesordnungspunkt unter Berücksichtigung der Vorgaben an die Verwaltung erneut zu beraten.

**3. Bericht über die vorläufigen Anmeldeergebnisse für die Klassen 5 und 11 im Schuljahr 2002/03**

**Vorlage Nr. 174/2002**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**5. Kooperation von Ostendorf-Gymnasium und Volkshochschule im Bereich der Fremdsprachenwahl in der gymnasialen Oberstufe**

**Vorlage Nr. 161/2002**

Herr Linnebur berichtete über die positiven Erfahrungen, die das Ostendorf-Gymnasium im Rahmen der Kooperation mit der VHS gesammelt hat und warb für eine Fortführung des Projektes.

Anschließend beschloss der Schulausschuss:

- "1. Der Rat stimmt der Fortsetzung des Kooperationsprojektes von Volkshochschule und Ostendorf-Gymnasium zum Fremdsprachenunterricht mit städt. Anteilsfinanzierung im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel zu.
2. Zur Finanzierung zahlen die Erziehungsberechtigten auch weiterhin eine hälftige Gebühr auf der Grundlage der Gebührenordnung für die städt. Volkshochschule. Die Stadt Lippstadt als Schulträger des Ostendorf-Gymnasiums stellt die Restfinanzierung durch einen Zuschuss in Höhe von 50 v.H. der entsprechenden Elterngebühr in Aussicht."

(Einstimmig zugestimmt)

**6. Zuschuss an den Schulverein Schloss Overhagen e.V. ;  
h i e r: Haushaltsjahre 2000 und 2001 Sondermittel 2002  
Vorlage Nr. 175/2002**

Ohne Aussprache beschloss der Schulausschuss:

- "1. Der Zuschuss an den Schulverein Schloss Overhagen e.V.; zur Abdeckung des Defizits wird für das Haushaltsjahr 2002 auf 185.130,32 € festgesetzt.
2. Der Schulverein Schloss Overhagen e.V. wird ermächtigt, zu Lasten des Haushaltsjahres 2003 vermögenswirksame Lehrmittel und Einrichtungsgegenstände in Höhe von 4.000,- € außerhalb des Schulhaushaltes 2002 anzuschaffen."

(Einstimmig zugestimmt)

## **7. Zuschuss an den Trägerverein der Marienschule e.V.;**

**h i e r: Haushaltsjahr 2002**

**Vorlage Nr. 173/2002**

Herr Brenke erläuterte die Vorlage. Er ging darauf ein, dass nach Vorlage des Haushaltsplans 2002 ein wesentlich geringerer Zuschuss an den Trägerverein der Marienschule errechnet wurde. Insbesondere verwies er darauf, dass sich der Zuschuss in den Folgejahren erhöhen könne und dann den seinerzeit prognostizierten Wert erreichen könne, die weitere Entwicklung sei abzuwarten.

An der anschließenden Diskussion, in der es vorwiegend um die im Wirtschaftsplan der Stiftung enthaltenen Rücklagenzuführung sowie dem Bau eines Schülercafés ging, beteiligten sich die Herren Lahme Linnebur, Lücke, Kieren und Kremer. Insgesamt wurde der Wunsch der Stiftung für künftige Bauunterhaltungsmaßnahmen Mittel anzusammeln zwar positiv bewertet, der Haltung des Schulträgers, diese Rücklagenmittel nicht mitzufinanzieren, da auch bei städtischen Schulen aufgrund der derzeitigen Haushaltslage keine Rücklagen gebildet werden können, aber zugestimmt.

Anschließend fasste der Schulausschuss folgenden Beschluss:

" Die Stadt Lippstadt gewährt dem Trägerverein der Marienschule im Haushaltsjahr 2002 einen vorläufigen Zuschuss in Höhe von 6.046,82 €."

(Einstimmig zugestimmt)

## **8. Verschiedenes**

### **a) Zunehmender Vandalismus an Schulen**

Auf entsprechende Nachfrage des Ausschussvorsitzenden sicherte Herr Lücke zu, dass die Verwaltung prüfen werde, ob an den städtischen Schulen eine Toilettenaufsicht eingesetzt werden kann, um dem Vandalismus in diesem Bereich entgegenzuwirken.

Herr Brenke verwies darauf, dass es in letzter Zeit verstärkt Hinweise von mehreren Schulen gegeben hätte, die auf verstärkten Vandalismus in und an den Schulen hingewiesen hätten. Seitens des Schulverwaltungs- und Sportamtes sei beabsichtigt, kurzfristig mit dem Jugendamt, der Stadtwacht und der Polizei diesbezüglich Kontakt aufzunehmen und nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen.

### **b) Einrichtung eines Musikraums an der Drost-Rose-Realschule**

Herr Thomann wies darauf hin, dass die Drost-Rose-Realschule beabsichtigt einen Unterrichtsraum als Musikraum herzurichten um im musischen Bereich ein Unterrichtsangebot anbieten zu können. Hierbei sei es seitens des Schulträgers erforderlich, neben der entsprechenden Einrichtung auch für die Erstausrüstung mit Instrumenten zu sorgen. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit wurde auf die Wortmeldung nicht näher eingegangen.

### **c) Betreuungsangebote außerhalb des lehrplanmäßigen Unterrichts an der Martinschule Cappel**

Auf Frage von Herrn Thomann erklärte Herr Brenke, dass es zwischen der Martinschule Cappel und dem Stift Cappel Bestrebungen gebe, die vorhandenen Betreuungsangebote auszuweiten. Hierzu würden in der nächsten Zeit mit den Beteiligten und dem Jugendamt Gespräche geführt.